An Herrn Friedrich Merz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Emmanuel Macron, Präsident der Französischen Republik
Frau Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin der Italienischen Republik

Berlin, Paris, Rom, den 24. November 2026

Sicherung eines zukunftsfähigen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU beim Europäischen Rat am 26. - 27. November 2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,
sehr geehrter Herr Präsident Macron,
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Meloni,

im Vorfeld des Europäischen Rates am 26. und 27. November 2026 wenden sich unsere elf Umwelt- und Klimaorganisationen aus Deutschland, Frankreich und Italien an Sie, um Sie nachdrücklich dazu aufzufordern, bei den Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU entschlossene Führungsstärke zu zeigen.

Als die drei größten Volkswirtschaften Europas tragen Deutschland, Frankreich und Italien eine besondere Verantwortung bei der Gestaltung eines europäischen Haushalts, der langfristige wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit sowie Sicherheit vor der Klima- und Umweltkrise gewährleistet. Europa ist mit einer zunehmend instabilen geopolitischen und wirtschaftlichen Lage konfrontiert und musste innerhalb der letzten fünf Jahre bereits drei fossile Energiekrisen verkraften. Jedes Mal wurden Haushalte und Unternehmen von steil ansteigenden Energie- und Lebenshaltungskosten getroffen, während die öffentlichen Finanzen durch Sofortmaßnahmen und immer teurer werdende Importe fossiler Brennstoffe belastet wurden. Zudem zeigen die diesjährigen Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren und Waldbrände, wie extreme Wetterereignisse Gesundheit, Sicherheit, Lebensgrundlagen und Volkswirtschaften in ganz Europa beeinträchtigen – mit einem prognostizierten BIP-Verlust in der EU von rund 1 % im Jahr 2026. In dieser Situation würden die von Ratspräsident António Costa vorgeschlagenen weiteren Kürzungen am MFR die öffentlichen Mittel für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft weiter verringern und die strategische Autonomie sowie die Wettbewerbsfähigkeit Europas untergraben.

Wir appellieren an Sie, dafür zu sorgen, dass die bevorstehenden Schlussfolgerungen des Europäischen Rates die folgenden wesentlichen Prioritäten widerspiegeln:

- **Deutliche Aufstockung des MFR 2028–2034**, entweder dauerhaft oder durch vorübergehende gemeinsame Kreditaufnahme, um den dringenden Investitionsbedarf und die Investitionslücken der EU zu decken. Zumindest sollte die von der EU-Kommission vorgeschlagene moderate Aufstockung gesichert werden. Neue Eigenmittel sind unerlässlich, um gemeinsame Prioritäten zu finanzieren, ohne die Ausgaben für Klima, Natur und Soziales zu kürzen oder die nationalen Haushalte zusätzlich zu belasten. Sie sollten progressiv sein und dem Verursacherprinzip entsprechen.

- **Eine Zweckbindung von 35 % für Umwelt- und Klimaausgaben beibehalten und eine Zweckbindung von 10 % für Biodiversität sowie zweckgebundene Mittel für LIFE-Maßnahmen wieder einführen:** Das vorgeschlagene Ziel von 35 % Zweckbindung für Umwelt- und Klimaausgaben muss beibehalten werden. Es muss ohne neue Ausnahmen auf den gesamten Haushalt angewendet und auf eine klarere Methodik für Klima- und Umweltausgaben gestützt werden. Dieses Ziel ist ein absolutes Minimum, um die Mitgliedstaaten und Regionen an einem Wendepunkt zu unterstützen, an dem wichtige Investitionen – auch grenzüberschreitend – getätigt werden müssen, um die Dekarbonisierung, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und die Ressourcensicherheit zu fördern. Darüber hinaus ist ein verbindliches Ausgabenziel von 10 % für Biodiversität entscheidend: Die Finanzierung des Schutzes und der Wiederherstellung von Ökosystemen ist eine Frage der Sicherheit der Menschen und der Wirtschaft. Ohne ein solches Ziel werden die Investitionen in die Natur gerade dann einbrechen, wenn Europa zunehmend von extremen Wetterereignissen betroffen ist. Als wichtigstes Instrument der EU für Umwelt, Biodiversität, Renaturierung und Klimaschutz benötigt LIFE eine gezielte, langfristige Finanzierung, damit Regionen, Landwirt*innen, Unternehmen und Naturschutzorganisationen die Maßnahmen planen und umsetzen können, die zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit Europas erforderlich sind.
- **Lehnen Sie jede weitere Schwächung des Grundsatzes „Do No Significant Harm“ (DNSH) ab:** Der EU-Haushalt ist ein begrenzter Pool an Geldern der europäischen Steuerzahler*innen. Diese Mittel müssen den Prioritäten der EU dienen, insbesondere der Energiesicherheit, der Bezahlbarkeit und der Wettbewerbsfähigkeit. Projekte, die die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen weiter verfestigen oder Ökosysteme schädigen, dürfen daher keinesfalls finanziert werden, da sie genau diese Ziele untergraben. Die Beibehaltung eines robusten, durchsetzbaren DNSH-Prinzips in allen EU-Förderinstrumenten ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die EU keine Praktiken finanziert, die ihre Umwelt-, Klima- und Sozialziele untergraben, oder Regionen und Unternehmen mit gestrandeten Vermögenswerten zurücklässt.

Die Entscheidungen, die auf dem Gipfel am 26. und 27. November getroffen werden, sind entscheidend für die Fähigkeit der Europäischen Union, die geopolitischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts zu bewältigen. Indem Sie den europäischen Haushalt mit seinen Klima-, Natur- und Wirtschaftszielen in Einklang bringen, können Sie ein klares Signal der Stabilität sowohl an die Bürger*innen als auch an Investor*innen senden.

Wir zählen auf Ihre Führungsstärke, um einen wirklich zukunftssicheren europäischen Haushalt zu verwirklichen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, **Deutscher Naturschutzring**
Verena Graichen, Bundesgeschäftsführerin Politik, **BUND**
Jörg-Andreas Krüger, Präsident, **NABU**
Heike Vesper, Vorständin Transformation Politik & Wirtschaft, **WWF Deutschland**
Jennifer Tollmann, Geschäftsführende Vorständin Politik, **Germanwatch**
Morgane Créach, Geschäftsführerin, **Réseau Action Climat Frankreich**
Allain Bougrain Dubourg, Präsident, **Ligue pour la Protection des Oiseaux**
Véronique Andrieux, Geschäftsführerin, **WWF Frankreich**
Francesca Canali, Gründerin, **MIRA Netzwerk Italien**
Alessandro Polinori, Präsident, **Lipu ODV**
Luciano Di Tizio, Präsident, **WWF Italien**